№ 291. Erstes Blatt. Donnerstag, den 13. Dezember 1894.

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.
Vierteljährlicher Abonnementspreis in Thorn bei der Expedition Brückenstraße 34, bei den Depots und bei allen Reichs-Postanstalten 1,50 Mark, frei in's Haus 2 Mark.

Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Insertionsgebühr
die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 10 Pf.
Annoncen-Annahme in Thorn: die Expedition Brückenstraße 34, Heinrich Netz, Koppernikusstraße.

Inferaten-Annahme auswärts: Strasburg: A. Fuhrich. Inowrazlaw: Justus Wallis, Buchhandlung. Neumark: J. Köpke. Graudenz: Der „Gesellige“. Lautenburg: M. Jung. Gollub: Stadtkämmerer Austen.

Expedition: Brückenstr. 34, part. Redaktion: Brückenstr. 34, I. Et.
Fernsprech-Anschluß Nr. 46.
Inseraten-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Inseraten-Annahme auswärts: Berlin: Haasenstein und Vogler, Rudolf Mosse, Invalidenbank, G. L. Daube u. Ko. u. sämmtl. Filialen dieser Firmen in Breslau, Dresden, Leipzig, Frankfurt a./M., Nürnberg, München, Hamburg, Königsberg 2c.

Vom Reichstage.

3. Sitzung am 11. Dezember.

Am Bundesrathstische: Fürst Hohenlohe, von Bötticher, Frhr. v. Marschall, Graf Posadowsky, Bronsart von Schellendorf, Frhr. von Berlepsch, Dr. Miquel, v. Köller.

Eingegangen ist ein Schreiben des Reichskanzlers, durch welches die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Liebknecht (Soz.) und Gen. wegen Majestätsbeleidigung nachgesucht wird. (Vorgänge vom 6. Dezember im Reichstage.) Dasselbe wird der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen. Eingegangen ist ferner eine Interpellation der Abgg. Frhrn. v. Heyl und Dr. Osann (natl.) betreffend Handwerkerkammern.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Richter (Freis. Volksp.), über die Reihenfolge der vor Eröffnung der Session eingebrachten Anträge die Geschäftsordnungs-Kommission entscheiden zu lassen. Es folgt die erste Lesung des Etats.

Reichskanzler Fürst Hohenlohe ergreift das Wort, um zunächst zu erklären, daß es sich mit der Uebernahme des Reichskanzleramts durch ihn, nicht um einen Systemwechsel handele, wie man wohl habe behaupten wollen. Die meisten Vorlagen seien ja auch schon von langer Hand vorbereitet. Er werde in allen Punkten darin die Wege seines Vorgängers gehen. Der Reichskanzler führte weiter aus: Ich wende mich nun aber zu dem Etat. Die Verhältnisse zwischen Reich und Einzelstaaten müssen geordnet werden, damit nicht die Matrikularbeiträge so wie bisher die Ueberweisungen überschreiten. Das Schlußergebniß des Etats beleuchtet wiederum auf das Dringendste die Nothwendigkeit einer Reichsfinanzreform, welche die Einzelstaaten entlastet. Eine solche Reform hoffen wir, wenn auch in wesentlich beschränktem Maße, zu erreichen. (Beifall rechts.) Im Zusammenhang mit unseren Finanzen steht unsere Kolonialverwaltung. Wenn Deutschland auf dem Weltmarkte seine Machtstellung bewahren will, so muß es sich neue Absatzgebiete erschließen und sichern. Die koloniale Frage ist aber zugleich eine nationale und eine religiöse. National, insofern durch sie der Einheitsgedanke gefördert wird. (Bravo.) Wirksam wird die Kolonialpolitik nur gefördert werden können durch eine geeignete Marine. Ich muß zugeben, daß die Gesetzgebung der letzten Jahre mehr der Industrie, als der Landwirthschaft zu Gute gekommen ist. (Bravo rechts.) Wir haben den guten Willen, die Schäden auf diesem Gebiete zu heilen. (Wiederholte Bravos.) Redner weist ferner auf den Nutzen der beabsichtigten Regelung des Börsenverkehrs hin und fährt fort, daß die geplante Aenderung der Strafgesetzgebung wichtig sei. Es sei nicht zu leugnen, daß das Reich wohlbewährte Bestimmungen der Landesgesetzgebung aufgehoben habe. Unsere Zeit weise mehr als je hin auf ein freundliches Zusammenwirken von staatlicher und kirchlicher Autorität. Er werde sich Mühe geben, dieses zu fördern. (Bravo.) Sein Verhalten vor 30 Jahren sei ihm vorgeworfen, aber seit der Zeit habe sich Manches geändert.

Staatssekretär Graf Posadowsky erläutert eingehend den Etat. Er hebt hervor, daß das Etatsjahr 1893/94 mit einem Ueberschuß von 14 Millionen abgeschlossen habe, während nur 4 Millionen vorausgesetzt waren. Man dürfe sich jedoch dadurch über die Lage der Finanzen nicht täuschen lassen. Die Mehrausgaben für Heer, Marine und die Kolonialabtheilung seien wesentliche. Redner schließt seine ausführlichen Angaben mit dem Hinweis: Dreierlei geht aus meinen Ausführungen klar hervor: Wir stehen vor einer steigenden Ausgabelast, vor steigenden Anforderungen an die Einzelstaaten und vor einer steigenden Schuldenlast. Das macht es uns zur doppelten Pflicht, die Finanzreform durchzuführen.

Abg. Bachem (Ztr.) drückt seine anerkennende Zustimmung aus über die religiöse Schonung, welche der Reichskanzler in seiner früheren Thätigkeit geübt und heute wiederum versprochen habe. Redner wendet sich zum Etat. Seine Freunde und er ständen nach wie vor auf dem Standpunkte: Keine neuen Steuern, welche die wirthschaftliche Lage und Leistungsfähigkeit der Nation erschöpfen. Redner empfiehlt Sparsamkeit und der Budgetkommission die Parole: Bilanzirung des Etats ohne neue Steuern. Die Zolleinnahmen seien zu niedrig gegriffen. Wenn es uns hier gelänge, das Plus der Etatsüberschreitung von 33 auf 10 Millionen zu reduziren, würde dies den Finanzministern der Einzelstaaten eine geringere Bemühung zur Beschaffung verursachen und eine Tabaksteuervorlage würde dann jedenfalls nicht mehr nöthig sein. Ebenso wie wir hier auf Sparsamkeit bedacht sein müssen, müßte die Reichsregierung darauf bedacht sein, so große Etatsüberschreitungen zu verhüten, wie sie der letzte Abschluß zeigt: 25 Millionen! Erfreulich sei der Bericht in der Thronrede, welcher auf Mehr-Ueberweisung an die Einzelstaaten über die Matrikularbeiträge hinaus verzichtet. Bei der Marine wollen wir nichts als eine ausgiebige Vertheidigung unserer Küsten. Beim Postetat finden wir wieder viele kostspielige Bauten, aber keine Aufbesserung der Unterbeamtengehälter! (Beifall.) Mehrforderungen finden wir wieder im Kolonialetat, Redner kritisirt unter lebhaftem Beifall den Fall Leist. Die Zulassung aller Orden in Afrika sei gestattet, für Deutschland sei dies nicht der Fall. Um die sozialen Gefahren zu beschwören, bedürfe es vor Allem auch der Fortführung der sozialpolitischen Gesetzgebung. Was die Landwirthschaft betreffe, so seien seine Freunde nicht gewillt, dem Antrag Kanitz beizutreten. Aber den Weg der Börsenreform würden sie betreten, der sei geeignet, der Nothlage der Landwirthschaft abzuhelfen. Herrn v. Berlepsch hoffe er noch recht lange thätig zu sehen. Durchaus zustimmen könne er nebst Freunden ferner den der Interpellation des Freiherrn v. Heyl zu Grunde liegenden Absichten betr. Handwerker- und Gewerbekammern. Aber aller positiver Ausbau nütze nichts ohne feste christliche Grundsätze. Man müsse nicht nur sagen: gieb uns das Brod! -- sondern: gieb allen das Brot! (Beifall). Ein Antrag Richter auf Vertagung wird abgelehnt.

Abg. Richter (Freis. Volksp.): Ich kann mich finanzpolitisch kurz fassen, da ich Alles, was Vorredner über die finanzpolitische Lage gesagt hat, unterschreiben kann. Der in der Thronrede erwähnte Verzicht auf Mehrüberweisungen sei um so leichter, als er sich nicht umgehen lasse. Jedenfalls sei die Lage so, daß wir neue Steuern jetzt garnicht bedürfen. Redner bekämpft die Mehrausgaben für Kasernenbauten, welche gegen das Vorjahr 11 Millionen allein mehr betragen. Auch für die Marine seien ungewöhnlich hohe Forderungen in den Etat gestellt. Mit der Bewilligung der geforderten ersten Raten für neue Schiffe würden wir uns für 36 Millionen neue Ausgaben engagiren. Wenn dem Reichskanzler so hohe Ziele vorschweben, wird uns die Kolonialpolitik noch viel Geld kosten. Bis jetzt haben wir in den Kolonialgebieten noch keine neuen Absatzgebiete geschaffen, wir setzten bisher nur die Millionen dort ab die wir bewilligen und mit denen einige entlassene Leutenants unterhalten werden. Der Gesammtvortrag der Zolleinnahmen ist im Etat um 16½ Millionen zu niedrig geschätzt. Redner wendet sich gegen die Tabakvorlage. — Die kaiserlichen Dekrete, welche den Kanzlerwechsel betreffen, haben die Gründe nicht enthalten; es wäre doch wichtig zu erfahren, ob wirklich ein ungeschickter Zeitungsartikel die Ursache war. (Heiterkeit.) Das ganze Verfahren erinnere an die Uebersendung der seidenen Schnur. Trotz seines Entgegenkommens gegen das Zentrum habe Fürst Hohenlohe von diesem nur eine höfliche Verbeugung erhalten. Die Interessen der Agrarier seien mit Sitte, Religion und Ordnung nicht vereinbar. Die Unzufriedenheit im Lande ist hauptsächlich durch die Wirthschaftspolitik Bismarcks hervorgerufen. (Widerspruch rechts) Es ist in der Presse angeregt worden, das Reichswahlrecht durch Beschluß der Bundesfürsten aufzuheben. Die Sache hat einen ernsten Hintergrund, denn im preußischen Staatsministerium sollen nach Zeitungsnachrichten Dinge erörtert sein, die nach den gemachten Andeutungen nur im Wege des Eidbruchs realisirt werden könnten. (Oho! rechts. Woher wissen Sie denn das?) Wir haben volles Vertrauen zu den leitenden Personen; denn in dem gegenseitigen Vertrauen allein liegt das Heil und das Wohl des Vaterlandes. (Bravo! links.) Staatssekretär Dr. v. Bötticher: Ich habe die Königlichen Dekrete, welche die Ernennung Caprivis, sowie dessen Entlassung und die Ernennung des Fürsten Hohenlohe betreffen, gegengezeichnet, nicht aber die Entlassungsurkunde des Fürsten Bismarck. Zwischen dem Kaiser und dem Grafen Caprivi bestand volle Uebereinstimmung. Von einem Staatsstreich ist nirgend im Ministerium die Rede gewesen. Herr Richter verwechselt Staatsstreich und Reichstagsauflösung.

Weitere Berathung morgen Mittag 12 Uhr.

Deutsches Reich.

Berlin, 12. Dezember.

— Der Kaiser besuchte bei seinem Aufenthalt in Hannover am Montag Abend das königliche Theater. Am Dienstag nahm er auf dem Waterloo-Platze Parade über die in Hannover garnisonirenden Truppentheile ab. Später trug der Männer-Gesangverein im Schlosse vor. Der Kaiser wird der „Magdeb. Ztg.“ zufolge am 16. d., Abends 6 Uhr, in Neugattersleben bei dem Schloßhauptmann von Alvensleben eintreffen, um am folgenden Tage Streifen auf Hasen zu unternehmen; am 18. d. Vormittags wird der Kaiser nach Barby fahren, um beim Amtsrath v. Dietze dem Waidwerk obzuliegen. Die Rückreise nach Potsdam erfolgt am Abend desselben Tages.

— Bei der Hofjagd in Liebenberg, welche der Entlassung des Grafen Caprivi vorherging, nahm, wie im Teltower landwirthschaftlichen Verein an diesem Dienstag erzählt worden ist, ein uckermärkischer Landwirth die Gelegenheit wahr, dem Kaiser die ungünstige Lage des Landwirthschaft zu schildern. Dies soll auf den Kaiser einen besonderen Eindruck gemacht haben.

— Ueber den Empfang des Reichstagspräsidiums beim Kaiser wird noch gemeldet, daß aus den Aeußerungen des Kaisers über landwirthschaftliche Fragen zu erkennen gewesen sei, daß er manchen der in letzter Zeit besprochenen agrarischen Anträge nicht für durchführbar halte. Für nothwendig habe er eine Reform der Produktenbörse gehalten und den Handel mit fiktiver Waare für eine Schädigung der landwirthschaftlichen Produktionen erklärt.

— Die Fraktion der deutschen Reichspartei beschloß nach der „Post“ einstimmig, für Genehmigung der Strafverfolgung der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die beim Kaiserhoch sitzen geblieben, zu stimmen.

— Die Elsässer Abgeordneten haben den Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für den Landes-Ausschuß eingebracht.

— Einzig die „Kreuzzeitung“ findet die Anklage wegen des Sitzenbleibens der Sozialdemokraten beim Kaiserhoch gerechtfertigt. Hier sei Strafverfolgung ebenso gegeben, wie wenn ein Abgeordneter vor einem andern ausspeie oder ihn thätlich angreife. Sollte der Reichstag die Genehmigung versagen, so würde das Einschreiten nach dem Sessionsschluß erfolgen. Alle andern Blätter warnen mit mehr oder weniger Bestimmtheit, aber einmüthig, vor einer versuchten Beeinträchtigung der Immunität. Die „Neuesten Nachrichten“ bezweifeln, daß irgendwelche Partei die Verantwortung für einen Bruch der Reichstagsprivilegien übernehmen möchte. Die „National-Zeitung“ warnt, politische Aktionen vor das Forum der Gerichte zu bringen und bezweifelt, ob das Vorgehen der Regierung hinreichend erwogen war. Der „Vorwärts“ erinnert daran, daß schon einmal, 1880, ein ähnlicher Antrag gestellt war, als Liebknecht bei einem Kaiserhoch nicht aufgestanden war. Der Reichstag lehnte

Stimmungsbilder aus dem Reichstag.

(Von unserem Korrespondenten.)

(Nachdruck verboten.)

II.

Berlin, 11. Dezember 1894.

Man hatte heute wieder einmal einen „großen Tag“ erwartet und in gewisser Beziehung sah man sich darin auch nicht getäuscht, denn nicht nur hielt Fürst Hohenlohe seine „Jungfern-Rede“, sondern es kam auch der von allen Seiten mit größter Spannung erwartete Antrag der Staatsanwaltschaft auf strafrechtliche Verfolgung jener sozialistischen Abgeordneten, die in der turbulenten Sitzung vom 6. Dezember beim Hoch auf den Kaiser sitzen geblieben waren, zur Verlesung. Ueberall in den Couloirs der Abgeordneten und Journalisten bildete diese sozialistische Episode den Brennpunkt der Unterhaltung und mit gleicher Lebhaftigkeit wurde seitens der Abgeordneten wie auch auf der Journalisten-Tribüne die Frage ventilirt: werden die Sozialisten heute schon an diesen Antrag des Staatsanwalts eine Debatte knüpfen?

Es kam anders. Gegen 12 Uhr waren die Zuschauertribünen in Erwartung besonderer Dinge stark besetzt, auch in der Hof- und Diplomaten-Loge sah man einzelne Besucher. Aber das Haus selbst wies erhebliche Lücken auf, kein Vergleich mit der „Ersten Sitzung im Neuen Hause“, — nur die Ministerbänke und die Plätze der Bundesrathsmitglieder füllten sich rasch. Fast alle Minister waren da, pünktlich stellte sich auch der Reichskanzler ein, in einfachem, schwarzem Rock. Er stieg in den Saal hinab und unterhielt sich bis zum Beginn der Sitzung angelegentlichst mit Mitgliedern der Rechten. Tiefe Stille herrschte bei Eröffnung der Sitzung: gespannt erwarteten die Abgeordneten die Verlesung des erwähnten staatsanwaltlichen Antrages. Aber sie mußten sich in Geduld fassen; denn erst, nachdem ein Wust von Einläufen vom Schriftführer verlesen war, kam das Schreiben des Reichskanzlers, die sozialistische Angelegenheit betreffend, von einem allgemeinen „Hört! Hört!“ begrüßt, an die Reihe. Die Sozialisten schwiegen: mit der Sensation war es also diesmal Nichts, das Haus erklärte sich widerspruchslos mit der Verweisung des Schreibens an die Geschäftsordnungskommission zur „schleunigen Berichterstattung“ einverstanden. Aber so viel man im Hause erfahren konnte, wird der Beschluß dieser Kommission nicht anders lauten, als auf Ablehnung der Forderung der Behörden, da der Reichstag nicht gewillt ist, eine Einmengung in seine inneren Angelegenheiten zu dulden. — Das zweite Ereigniß des Tages war die Programmrede des Reichskanzlers, wenngleich dieser selbst erklärt hatte, man solle von ihm kein Programm erwarten. Im Hause wurde es „mäuschenstill“ und diese Stille war umsomehr geboten, als der Reichskanzler, dessen Organ ein sehr sympathisches, dessen Aussprache einen leichten Anklang an das gemüthliche Bayerische hat, sehr leise spricht und als ein längeres Reden dem greisen Staatsmann offenbar schwer fällt. Wiederholt sah er sich gezwungen, eine kleine Pause zu machen um seine Kehle mit — Wasser zu befeuchten, und nicht immer behielt die Stimme die ursprüngliche Kraft, ja zum Schlusse war der Kanzler hörbar heiser geworden und es mag wohl daher gewesen sein, daß er seine Rede nur auf etwa ein Viertelstündchen berechnet hatte. Als der Reichskanzler sich gesetzt hatte, wies er, sich zu Herrn v. Bötticher wendend, auf seinen Hals und die besorgte Miene des Herrn v. Bötticher ließ erkennen, daß sich der Reichskanzler vielleicht doch etwas mehr zugemuthet hatte, als sich mit seinem Wohlbefinden vertrug. Während der Rede des Reichskanzlers, die übrigens völlig unerwartet kam, standen die Abgeordneten in dichten Gruppen um ihn herum und noch, nachdem er geendet hatte, wurde sein Vortrag lebhaft diskutirt. Trotzdem aber herrschte im Hause nicht jene Stimmung, wie in der ersten Sitzung: es fehlte sozusagen, an einem Stimulus, nüchtern und geschäftsmäßig wickelte sich Alles ab, so daß man auch auf den Tribünen den Eindruck einer gewissen Frostigkeit gewann. Während der Etatsreden, die dann Graf Posadowsky einleitete, waren viele Abgeordnete hinausgeeilt, um sich in der Restauration von ihren Anstrengungen zu erholen. Etwas mehr Leben kam erst in das Bild, als die Abgg. Bachem und Richter durch die Schärfe und durch den Witz ihrer Ausführungen eine zahlreichere Zuhörerschaft heranzuziehen wußten. Gespannt folgte das Haus den Darlegungen der beiden Parteiführer und es ging eine Art Erregung durch die Reihen, als Richter das Fehlen einer Andeutung über den Kanzlerwechsel in der Thronrede und die damit zusammenhängenden Vorgänge einer scharfen Kritik unterzog. Ihm antwortete Herr v. Bötticher mit unverkennbarer Gereiztheit, indem er dabei die interessante Erklärung abgab, daß der Kaiser mit Graf Caprivi vollständig einverstanden war. Wer aber bei dieser Gelegenheit auf Enthüllungen gerechnet hatte, der hatte diese Rechnung eben ohne — Herrn von Bötticher gemacht. „Was bei Entlassung Caprivis vorging, das geht Euch Nichts an.“ Das war ungefähr die Quintessenz der kurzen, aber charakteristischen Replik des Staatssekretärs des Innern. Seine Ausführungen gaben der Sitzung — allerdings erst an ihrem Schlusse — jenes sensationelle Gepräge, das man schon für den Anfang erwartet hatte. Und ohne Wirkung ist auch das Wort Richters von der seidenen Schnur nicht geblieben. Damit meinte Richter die Thätigkeit des Herrn v. Lucanus bei den jüngsten Personal-Veränderungen. Der Vergleich rief lebhafte Heiterkeit hervor und schuf dadurch eine etwas behaglichere Stimmung.

Erſichtlich ermüdet willigten die Volksvertreter um 5 Uhr in den Schluß der Debatte, um sich morgen bei Fortsetzung der Etatsdebatte zu neuer Redeschlacht einzufinden.

den Antrag als unverträglich mit der Immunität ab.

— Das „B. T." meldet zur Oberfeuerwerker-Affaire, daß sämmtliche Sachsen und Württemberger entlassen und zu ihren Regimentern zurückgekehrt seien. Schüler der jüngeren Abtheilung würden in der Anstalt unter strengster Disciplin gehalten und von den Freiheiten, deren sie sich früher zu erfreuen gehabt hätten, könne jetzt nicht mehr die Rede sein. Ueber das Resultat der Untersuchung sei nichts an die Oeffentlichkeit gedrungen.

— Für Errichtung einer Berliner Handelskammer zur Ersetzung der bestehenden Korporation der Kaufmannschaft in Berlin hat sich eine Versammlung der Handels- und Industrie-Interessenten, die Montag Abend abgehalten wurde, ausgesprochen.

— Das französische und das deutsche Militärbudget. Nunmehr nimmt unser halbamtliches „Militärwochenblatt" Notiz von der Vergleichung, welche der Berichterstatter der französischen Budgetkommission über den dortigen Militäretat gezogen hat. Das „Militärwochenblatt" bestreitet nicht die Richtigkeit der französischen Zahlen. Danach kostet der französische Heereshaushalt im Ordinarium und Extraordinarium zusammen für 1895 563 Millionen Franks, das sind **450** Millionen Mk. Das deutsche Reichsheer erfordert nach dem Etat für 1894/95 480 Mill. Mark im Ordinarium und 136 Millionen Mk. im Extraordinarium, also im Ganzen **616** Millionen Mk. Danach giebt Deutschland also nach dem Etat für 1894/95 **166** Mill. Mk. mehr aus für das Heer als Frankreich.

— In der Generalversammlung des fränkischen Bauernbundes in Würzburg griff der Vorsitzende Frhr. v. Thüngen-Roßbach in seiner Rede die ganzen Handelsverträge und die Regierung an; statt Hilfe gewähren sie den Landwirthen nur leere Worte. Man hätte Caprivi als den Sündenbock abgeschlachtet. Der Kaiser empfange eine landwirthschaftliche Deputation nach der andern und gäbe allen gute Worte; damit sei aber auch alles geschehen. Daher thue Selbsthilfe noth, im Reichstage sowohl wie im Abgeordnetenhause. Hauptsache sei die Gründung einer großen Mittelstandspartei und die Emanzipation vom Geiste des Sozialismus.

— Die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft baut gegenwärtig eine Eisenbahn von Tanga an der Küste nach dem Hochland von Usambara. Nach der „Nationalztg." liegt ein zweiter von dem Gouverneur von Schele ausgehender Plan vor zum Bau einer Bahn von Dar es Salam nach dem Nordende des Nyassasees. Dagegen hat der frühere Abgeordnete Oechelhäuser den Bau einer Zentraleisenbahn empfohlen von der Küste in der Richtung nach Tabora zum Tanganika und Viktoria Nyanza.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Das österreichische Budgetprovisorium wurde vom Budgetausschuß am Montag angenommen. In der Debatte sprach Finanzminister Dr. von Plener die Hoffnung auf das Zustandekommen eines Ausgleichs zwischen den deutschen und italienischen Abgeordneten Tirols und den Wiedereintritt der italienisch sprechenden Abgeordneten in den Tiroler Landtag aus. Gegenüber dem Abgeordneten Kaizl bemerkte er, die Regierung könne das jungtschechische Programm in keinem Falle annehmen; er stellte die einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte als Existenzbedingung des Staates in erste Linie. Die Verhältnisse Böhmens seien unbefriedigend und hätten in der letzten Zeit immer bedenklichere Formen angenommen; die Regierung sei nicht der Meinung, daß nur mit Gewalt vorgegangen werden könne, sie wünsche vielmehr die Aufhebung des Ausnahmezustandes, jedoch habe sie nach den bisherigen offiziellen Berichten der Behörden die Aufhebung nicht verfügen können.

Die Sanktionirung der kirchenpolitischen Gesetze wird in Ungarn wie ein nationales Ereigniß ersten Ranges gefeiert. Aus allen Theilen des Landes kommen Freudenkundgebungen über die Sanktion der Kirchengesetze. Tausende von Dankdepeschen werden an den Kaiser nach Wien abgesendet. Ueberall werden Vorbereitungen zu großartigen Demonstrationen getroffen. Trotz der Sanktion denkt die katholische Partei in Ungarn indessen nicht daran, die Waffen zu strecken. Das Wiener „Vaterland" kündigt den schärfsten Kampf gegen die ungarischen Kirchengesetze auch nach der Sanktion an und meldet die Einberufung einer ungarischen Bischofskonferenz behufs Organisirung des Kampfes auf der ganzen Linie.

Rußland.

In der juridischen Fakultät der Dorpater Hochschule wird ausschließlich russisch vorgetragen, auch sind die Professoren sämmtlich Russen; dies und dabei noch der Umstand, daß baltisch-deutsche Juristen im baltischen Lande zu Gerichtsämtern nicht mehr zugelassen werden, haben zur Folge, daß die juridische Fakultät jetzt von Studenten fast gar nicht mehr frequentirt wird. Es ist nicht unmöglich, daß diese Fakultät endlich geschlossen werden muß. Wie bekannt, erfreute sich die Dorpater Hochschule ehemals als sie deutsch war, eines von Semester zu Semester gesteigerten Besuchs, aber daß die Hochschule jetzt zuletzt ihre Bedeutung gänzlich verliert, das ist die nothwendige Frucht der Russifizirung.

Italien.

Der Schatzminister Sonnino theilte in seinem Finanzexposé mit, daß die zur Herstellung des Gleichgewichts 1895/96 erforderliche Summe 79 740 000 Lire beträgt. Zur Beschaffung derselben sind Ersparnisse von 53 Millionen und Steuervermehrungen von 27 Millionen vorgesehen, so daß das Gleichgewicht ohne eine neue Emission vollständig gesichert ist. Bezüglich der Emissionsbanken kündigte der Minister eine Reihe von Maßnahmen an, um die Banken bei den Liquidationen und Immobilisationen zu unterstützen. Sonnino legte ferner ein zwischen dem Staatsschatze und der Banca d'Italia abgeschlossenes Abkommen vor, wonach letztere die Liquidation der Romana zu ihren Lasten übernimmt, während ihr der Dienst für den Staatsschatz anvertraut wird.

Schweiz.

Der Bundesrat beabsichtigt, anfangs des Jahres 1904 die Unifikation sämmtlicher Bundesanleihen vorzunehmen, wobei die Amortisationsfrist auf eine größere Anzahl von Jahren ausgedehnt würde. Dadurch soll es ermöglicht werden, eine Amortisation aller Bundesanleihen ohne Mehrbelastung, sogar mit einiger Entlastung der laufenden Rechnung durchzuführen.

Asien.

Eine Cheffooer Drathmeldung der „Zentral News" besagt: 16 japanische Kriegsschiffe kreuzen auf der Höhe von Shanghaikwan, einer befestigten Stadt an der Küste, wo die große Mauer endet. Die Europäer in Cheffoo glauben, die japanische Armee werde in Shanghaikwan landen und von da nach Peking marschiren. Die Chinesen indessen glauben nicht, daß Peking das nächste Angriffsziel sei. Sie erwarten vielmehr, die Japaner werden unweit Cheffoo landen und auf Wei-hai-wei marschiren, zu dessen Vertheidigung umfassende Anstalten getroffen werden.

Afrika.

Auf Madagaskar ist nach einer Meldung des „B. T." ein Konflikt zwischen der Königin und ihrem Gemahl, dem Premierminister Rainilairivony, ausgebrochen. Der französische Spezialgesandte Le Myre de Vilers ist, nach erfolgter Kriegserklärung, nach Europa abgereist.

Provinzielles.

Schulitz, 10. Dezember. Welche Sangeslust in unserm kleinen Städtchen herrscht, beweist die Thatsache, daß augenblicklich hier vier Gesang-Vereine vorhanden sind, und zwar zwei Männergesangvereine, ein evangelischer Kirchen-Chor und ein katholischer Kirchen-Chor — Auch die hiesigen Kaufleute haben beschlossen, wie schon im Vorjahre, zu Weihnachten ihren Kunden keine Geschenke zu geben, dafür aber bestimmte Beträge an die Armenkasse abzuführen, aus welcher den würdigsten und bedürftigsten Stadtarmen Geld-Geschenke übermittelt werden.

d. **Culmer Stadtniederung,** 10. Dezember. Die Arbeiten am Schwarzwasser wurden vergangenen Freitag eingestellt.

Raudnitz (bei Dt. Eylau), 10. Dezember. Eine schreckliche That ist hier in der heutigen Nacht verübt worden. In das hierselbst von der Wittwe Frau Fischer betriebene Gasthaus drangen nach Eindrücken der Scheibe durch das Fenster, und zwar in das Zimmer des schlafenden Ladenmädchens mehrere Männer. Einer derselben warf sich über das Bett des ahnungslos schlafenden Mädchens und versuchte es vermittels einer um den Hals geworfenen Schlinge zu erdrosseln. Glücklicherweise gelang es dem Mädchen, sich zu befreien und Schutz suchend nach dem ersten Stockwerk, wo Frau Fischer und deren Schwester schliefen, zu fliehen. Aber auch hierher folgten die Einbrecher, drangen gewaltsam nunmehr in das Schlafgemach der Frau Fischer und brachten ihr mit einem bohrerartigen Instrument durch etwa 30—50 Stiche entsetzliche Verletzungen auf der Brust und in den Kopf bei, so daß das Gesicht bis zur Unkenntlichkeit entstellt ist. Durch den Lärm aufgeschreckt, eilte nun auch die bei Frau F. zum Besuch weilende Schwester, Wittwe Dehn aus Dt. Eylau, herbei. Dieselbe erhielt jedoch, als sie kaum die Thür geöffnet, mit einem Knüttel einen so wuchtigen Hieb über den Kopf, daß die Schädeldecke sich spaltete und sie bewußtlos zu Boden stürzte. Erst als auch noch der gerade zur Nacht im Hause weilende Dachdecker Joswig aus Sommerau in Folge dieses Lärmes und der Hilferufe herbeieilte, entflohen die Verbrecher durch das Fenster. Die beiden Opfer befinden sich zwar noch am Leben, doch sind die Verletzungen derart gefährlich, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Von den Thätern fehlt jede Spur.

Aus der Tucheler Heide, 9. Dezember. Das Kind des Besitzers B. in Altfließ, das am Halse eine ganz unbedeutende Kratzwunde hatte, zog sich, wahrscheinlich durch gefärbte Kleidungsstücke, eine lebensgefährliche Blutvergiftung zu. Hals und Kopf schwollen in kürzester Zeit an, und nur durch eine sofort vorgenommene Operation konnte das Kind am Leben erhalten werden. Es sei das wiederum eine Warnung nur farbechte Stoffe zu tragen.

Königsberg, 11. Dezember. Die Nachricht von der Verabschiedung des kommandirenden Generals des 1. Armeekorps v. Werder bestätigt sich abermals nicht. Wie die „K. H. Z." erfährt, hat Herr v. W. bisher überhaupt noch kein Abschiedsgesuch eingereicht.

Schneidemühl, 10. Dezember. Den gestrigen dreihundertjährigen Geburtstag Gustav Adolfs benutzte der Eisenbahn-Betriebssekretär Herr Paul Janke hierselbst, um, seiner Ueberzeugung folgend, aus der römisch-katholischen Kirche auszuscheiden und mit seiner Familie zur evangelischen Kirche überzutreten.

Lokales.

Thorn, 12. Dezember.

— [Kreistagssitzung] am 12. Dezbr. Zu Nr. 1 der Tagesordnung wird der Beschluß über den Bau der Chaussee von Wibsch nach Bahnhof Nawra dahin abgeändert, daß die Straße als Pflasterstraße gebaut wird, auch wenn nur 8 Mark Provinzialprämie gezahlt werden. — Zu Nr. 2 hat der Kreisausschuß beantragt, den Bau einer Chaussee von Skompe nach Dubielno. Dagegen beantragt Herr von Kries, diese Chaussee von Skompe über Chrapitz nach einem Punkt in der Nähe des Bahnhofs Wrotzlawken zu führen; nach längerer Debatte, an welcher sich auch die Herren Oberbürgermeister Dr. Kohli, Dommes, Stadtbaurath Schmidt betheiligen, wird der Antrag des Ausschusses so wie der v. Kries abgelehnt, so daß das ganze Bauprojekt gefallen ist; für den Ausschußantrag hatten sich auch die städtischen Abgeordneten erklärt, nachdem Herr Baurath Schmidt sich Namens derselben dahin ausgesprochen hatte, daß die Stadt zwar kein Interesse an einer der beiden Linien habe, daß sie aber die Nützlichkeit der Chaussee für jenen Theil des Kreises anerkennen müßten; auch Herr Bürgermeister Hartwich Culmsee hatte den Bau der Linie Skompe-Dubielno sehr warm und eingehend befürwortet. — Die Aufnahme einer Anleihe von 200 000 M. für die beiden schon gebauten Chausseen Gr. Bösendorf-Damerau und Wibsch nach Bahnhof Nawra wird genehmigt. — Der Antrag auf Bewilligung der Kosten zu den Vorarbeiten einer Kleinbahn von Thorn nach Scharnau werden bis zur Höhe von 3000 M. bewilligt; Herr Windmüller dankte dem Kreisausschuß Namens der linksseitigen Niederung und sprach den Wunsch aus, die Bahn möge bis zur Weichsel verlängert werden; Herr Wegner warnt dringend davor, auch nur diese Kosten für eine Bahn zu bewilligen, welche nicht die geringste Aussicht auf Erfolg habe. — Nach dem Reglement vom 24. Februar 1893 zum Bundesgesetz über den Unterstützungswohnsitz sollen vom 1. April 1894 ab die Kosten für die Unterbringung Geisteskranker, Epileptiker, Taubstummer und Blinder zu mindestens 2/3 den verpflichteten Ortsarmen-Verbänden aus Kreismitteln erstattet werden. Die dazu erforderlichen 2800 Mk. werden einstimmig bewilligt. — Die Abänderung des § 31 der Satzungen der Kreissparkasse dahin, daß fortan auch Amortisationsdarlehen gegeben werden können, und § 21, daß die Sparkasseneinlagen vom Ersten des auf die Einlegung folgenden Monats bis zum Letzten des der Abhebung zu vorgehenden Monats zu verzinsen ist, wird beschlossen. — Der Kreistag beschließt, dem Bezirksausschuß zu berichten, daß die Vereinigung der Parzelle, auf dem das städtische Wasserhebewerk steht, mit dem Stadtbezirk Thorn im öffentlichen Interesse liegt. — Zum Schluß wurden verschiedene Wahlen vorgenommen.

— [Sanitätsgebühren.] Nachdem die gesundheitspolizeiliche Ueberwachung der im Stromgebiete der Weichsel verkehrenden Fahrzeuge auf sämmtlichen Ueberwachungsstellen am 29. November d. J. eingestellt ist, findet die Erhebung einer Vergütung von sämmtlichen die preußische Grenze bei Schillno stromab passierenden Fahrzeugen (Flößen und Schiffen jeder Art und Größe) zur theilweisen Deckung der der Staatskasse durch die gesundheitspolizeiliche Ueberwachung des Stromverkehrs erwachsenden Kosten vom genannten Tage ab nicht mehr statt.

— [Die Umgestaltung des Kassenwesens bei der Verwaltung der direkten Steuern] wird am 1. April 1895 in Kraft treten. Hierdurch ist den Gemeinden und Gutsbezirken die Verpflichtung zur Einziehung der direkten Staatssteuern auferlegt worden. Während dadurch einerseits den Gemeindeverwaltungen nicht unerhebliche Mehrkosten für Beamtenbesoldungen erwachsen, wird andererseits bei der Staatssteuerverwaltung eine große Anzahl von Beamten, namentlich von Vollziehungsbeamten und Steuererhebern, disponibel werden. Zum Zwecke einer weiteren Verwendung dieser Beamten bei anderen Ressorts der Staatsbehörden haben sich die zuständigen Ministerien ins Einvernehmen gesetzt. Damit nun bei Ausführung des neuen Etats zu erwähntem Zwecke auch Stellen vakant werden, sollen die Unterbeamtenstellen, welche bis zu obigem Zeitpunkte frei werden, unbesetzt bleiben, so daß dann für die betreffenden Steuerbeamten eine sofortige Weiterverwendung im Staatsdienste, insbesondere bei den Regierungen und Gerichten, eintreten kann. Wenn nun auch dadurch die Aussichten der noch nicht angestellten Regierungs- und Gerichts-Unterbeamten für definitive Anstellung in weitere Ferne gerückt werden, so sind andererseits doch wiederum auch die disponibel gewordenen Steuerbeamten einer drängenden Sorge für die Zukunft enthoben. Die Neuanstellung derselben bei Ausführung des neuen Etats dürfte voraussichtlich am 1. Mai 1895 erfolgen.

— [Einziehung der gestempelten Briefumschläge und Streifbänder.] Die noch in den Händen des Publikums befindlichen gestempelten Briefumschläge und gestempelten Streifbänder, welche seit dem 10. Dezember 1890 von den Verkehrsanstalten nicht mehr verkauft worden sind, haben seit dem 1. Juli 1894 ihre Giltigkeit verloren und dürfen zur Frankirung von Postsendungen nicht mehr benutzt werden. Dem Publikum ist indessen gestattet, die noch nicht verwendeten derartigen Werthzeichen bis spätestens Ende Dezember 1894 nach dem Nennwerth des Stempels gegen Freimarken zu 10 oder 3 Pf. umzutauschen. Vom 1. Januar 1895 ab sind die Verkehrsanstalten auch zum Umtausch der neueren Briefumschläge und Streifbänder nicht mehr befugt.

— [Ueber die Packetbeförderung aus dem Osten nach Berlin] ist wiederholt Klage geführt worden. Für die aus dem Osten in der Reichshauptstadt eingehenden Packete, gleichviel mit welchem Zuge sie eintreffen, besteht nur eine Packetbestellung, und zwar in den Frühstunden. Wie man hört, ist hierin eine Besserung insofern vorgesehen, als auch die Schnellzüge zur Beförderung von Packeten nach Berlin benutzt werden sollen. Es würden dann in Berlin auch diejenigen Packete am Tage nach ihrer Auflieferung zur Bestellung gelangen, welche im Osten während der Nachmittags- und Abendstunden zur Postbeförderung eingeliefert worden sind.

— [Der Umrechnungskurs für russische Währung] im Eisenbahnverkehr ist vom 5. cr. ab auf 225 Mk. für 100 Rubel festgesetzt worden.

— [Schwurgericht] In der zweiten gestrigen Sache standen die Arbeiterfrau Marianna Chlodowska und die Brettschneiderfrau Anna Rogacka aus Wrotzk unter der Anklage des wissentlichen Meineides bezw. der Anstiftung dazu. Der Anklage unterliegt nachstehender Sachverhalt: Im Jahre 1893 klagte der Bauunternehmer Dombrowski aus Wrotzk gegen den Besitzer Franz Murawski daher wegen Beleidigung, weil Letzterer im Balzerowicz'schen Kruge zu Wrotzk am 9. Februar 1893, dem sogenannten fetten Donnerstage gesagt haben sollte, daß Dombrowski mehrfach Meineide geleistet hätte. Zum Erweise seiner Behauptung berief sich Dombrowski auf das Zeugniß des Brettschneiders Rogacki in Wrotzk, der denn auch die in sein Wissen gestellten Behauptungen eidlich bekundete. Da andere Zeugen entgegen der Aussage des Rogacki bekundeten, daß Murawski die beleidigende Aeußerung am sogenannten fetten Donnerstage des Jahres 1893 in Wrotzk nicht gemacht haben könne, weil er an diesem Tage in Strasburg gewesen sei, wurde gegen Rogacki das Strafverfahren wegen Meineides eingeleitet, das in der Schwurgerichtssitzung zu Thorn am 1. Oktober d. J. mit seiner Verurtheilung zu 3 Jahren Zuchthaus endigte. In dem Meineidsprozeß gegen Rogacki trat die heute angeklagte Chlodowska als Entlastungszeugin für Rogacki ein und beschwor ihrerseits, daß sie den Besitzer Franz Murawski am 9. Februar 1893, dem sogenannten fetten Donnerstage in dem Balzerowicz'schen Kruge zu Wrotzk sitzen gesehen habe. Die Chlodowska gab dieses Zeugniß ab und blieb bei demselben stehen, obgleich sie darauf aufmerksam gemacht wurde, daß bereits anderweit nachgewiesen sei, Murawski habe sich an dem sogenannten fetten Donnerstage des vorigen Jahres in Strasburg aufgehalten und könne demnach nicht in Wrotzk gewesen sein. Die Anklagebehörde behauptet, daß auch die Chlodowska ebenso wie Rogacki einen Meineid geleistet habe und daß sie zu demselben von der Ehefrau des Rogatzki angestiftet sei. Die Chlodowska gab die Unrichtigkeit ihrer eidlichen Aussage zu und behauptete, daß die Mitangeklagte Rogacka sie verschiedentlich zur Abgabe eines falschen Zeugnisses zu bestimmen versucht habe; sie habe anfänglich ihrem Ansuchen nicht nachkommen wollen, späterhin habe sie demselben aber doch entsprochen. Die Rogacka bestreitet, die Chlodowska zum Meineide bestimmt zu haben. Durch die Beweisaufnahme hielten die Geschworenen die Chlodowska des wissentlichen Meineides, die Rogatzka der Verleitung zum Falscheide für überführt. Ihrem Spruche gemäß wurde die Chlodowska zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren und dauernder Unfähigkeit, als Zeugin oder Sachverständige eidlich vernommen zu werden, die Rogatzka zu 1 Jahr Gefängniß und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 1 Jahr verurtheilt.

— [Eine Miczkiewicz-Feier] fand gestern am Todestage dieses großen polnischen Dichters im hiesigen polnischen Museum statt und war seitens unserer polnischen Bevölkerung sehr zahlreich besucht. Die Feier bestand außer einem kurzen Prolog aus Konzert und deklamatorischen Vorträgen, von welchen letzteren ein von Ujejski verfaßter und von Herrn Danielewski jun. zu dem Vortrage von Chopins Trauermarsch gesprochener Text besonderen Beifall fand.

— [Theater.] Als erste Klassikervorstellung ging am gestrigen Abend Schillers „Maria Stuart" in Szene und fand eine im großen ganzen recht annehmbare Darstellung, wenn man von den mancherlei szenischen Einschränkungen und Kürzungen absieht, die man sich bei einer kleinen Provinzialbühne auferlegen muß. Die Mitwirkenden waren fast durchgängig bestrebt, ihr Bestes zu leisten, und wenn es ihnen auch nicht immer gelang, den gestellten Anforderungen vollkommen gerecht zu werden, so wird man dagegen bedenken müssen, daß es ungemein schwierig ist, wenn derselbe Schauspieler heut in einem Lustspiel oder einer Posse mitwirken und morgen Schiller'sche Verse deklamiren soll. Von den Darstellern sind besonders Herr Berthold als Burleigh und Herr Schmidt-Häßler als Mortimer zu nennen, welche beiden Künstler ihre Aufgabe gut erfaßt hatten; die Maria Stuart von Frau Berthold stand nicht ganz auf derselben Höhe und auch die Elisabeth (Frl. Ganz), die übrigens viel zu jugendlich aufgefaßt war, ließ mancherlei wünschen; von den andern

Darstellern ist nichts Bemerkenswerthes zu erwähnen.

— [Durch die Einführung des Zonentarifs in Rußland] werden vom 13. Dezember ab wesentliche Preisermäßigungen für die Reise von Deutschland nach Rußland eintreten. Die Fahrt zweiter Klasse von Berlin nach Petersburg wird z. B. im Personenzuge um 27,50 Mk. billiger als bisher. Die Ersparniß entfällt aber lediglich auf die Strecke von Wirballen nach der russischen Hauptstadt, da die deutschen Tarife nicht geändert worden sind.

— [Koppernikus-Verein.] In der Dezembersitzung am 10. d. Mts. konnte das Heft der Mittheilungen, enthaltend das Werk des Herrn Landrichter Engel „Die mittelalterlichen Siegel des Thorner Rathsarchivs, mit besonderer Berücksichtigung des Ordenslandes. I. Thl.“ fertig vorgelegt werden. Innerhalb des Vereins sind bereits fast so viele Stücke abgesetzt worden, wie der Verein Mitglieder zählt. Sehr groß war die Zahl der im Schriftenaustausch eingegangenen, meist außerordentlich werthvollen Zuwendungen, deren Benutzung durch die mit bedeutendem Aufwande geschaffene Ordnung der Vereinsbibliothek sehr erleichtert und gefördert wird. — Der Versammlung wohnten außer 2 Gästen 28 Mitglieder bei, von denen 3 als zum ersten Male erschienen begrüßt wurden. Ueber eine neue Anmeldung fand die statutenmäßige Vorbesprechung statt. — Der Ausschuß wurde ermächtigt, das Stammkapital des Vereins wie das des Stipendiums vortheilhafter anzulegen, sobald sich dafür eine sichere Hypothek findet. — Die jährliche Zahlung von 30 M. an den Stipendienfonds wurde für dies Jahr wegen der starken Inanspruchnahme der Vereinsmittel gestrichen. Die Herstellungskosten des 9. Heftes der Mittheilungen wurden mit 690,50 Mk. an die Buchgraphische Anstalt von O. Feyerabend angewiesen. Dazu kommen noch anderweitig ... Mk. — Nachdem Herr Direktor G. Prowe die etwaige Wiederwahl zum Schatzmeister abgelehnt hatte, wurde der Vorstand für Februar 1895/96 durch Zettelwahl folgendermaßen zusammengesetzt: Prof. Boethke 1. Vors., Sanitätsrath Dr. Lindau, 2. Vors, Direktor Matzdorff 1. Schriftf., Landgerichtsrath Martell 2. Schriftf, Kaufmann Glückmann Schatzmeister, Gymn.-Lehrer Semrau Bibliothekar. Für das nächste Vereinsjahr wurde die Veröffentlichung des 2. Theils von Engels Siegelwerk als 10. Heftes der Mittheilungen in Aussicht genommen. — Behufs Erlangung der Veröffentlichung ostpreußischer Alterthümer wurde beschlossen, mit dem Landesdirektor von Ostpreußen in Verbindung zu treten. — Den Vortrag hielt Herr Dr. Meyer über seine im vorigen Jahre bei herrlichem Wetter, aber unter bedeutenden Schwierigkeiten unternommene Besteigung des Groß-Löffler, eines 3200 Mtr. hohen Berges in den Zillerthaler Alpen, der erst seit der Anlegung der Greizer Schutzhütte zugänglich geworden ist und dem Wanderer eigenartige Schönheiten erschließt.

— [Turnverein „Sokol“.] Am Sonntag fand ein Versammlung zwecks Konstituirung eines Turnvereins hierselbst statt. Zum Vorsitzenden des neuen Vereins wurde Redakteur Johann Brejski gewählt. An Mitgliedern schrieben sich 31 Personen ein. Der Vorstand des „Sokol“ beschloß, sich an die Stadtverwaltung mit der Bitte zu wenden, ihm einen der städtischen Turnsäle zu den Uebungen zu überlassen.

— [Die Abgangsprüfung] an der hiesigen Lehrerinnenbildungsanstalt findet im Jahre 1895 am 30. August statt.

— [Gasglühlicht.] Die Zahl der Flammen in der Stadt ist bis auf fast 1000 gestiegen.

— [Im Interesse der Hausbesitzer] erinnern wir bei dem herannahenden Winter an die Versicherung gegen Wasserleitungsschäden, da erfahrungsmäßig zahlreiche Rohrbrüche infolge von Frost stattfinden, außerdem aber auch durch das Offenlassen der Hähne, Ueberlaufen der Badewannen, Klosetverstopfungen 2c. derartige Schäden häufig vorkommen und nicht nur empfindliche Verluste verursachen können, sondern auch in der Regel noch ärgerliche Differenzen und Prozesse zwischen dem Hausbesitzer und dem schuldigen Miether herbeiführen. Gegen alle diese Eventualitäten bietet sowohl den Hausbesitzern wie den Miethern eine Versicherung bei der Wasserleitungsschäden- und Unfall-Versicherungs-Gesellschaft „Neptun“ in Frankfurt a. M., welche am hiesigen Platze durch den Haupt-Agenten Herrn Walter Güte vertreten ist, unbedingten Schutz.

— [Die Zinsen] des Pösch'schen Legats gelangen zu Weihnachten zur Vertheilung und wird über die Empfänger derselben in den nächsten Tagen Beschluß gefaßt werden.

— [Temperatur] heute Morgens 8 Uhr 1 Grad C. K.; Barometerstand 28 Zoll 3 Strich.

— [Zugelaufen] ein weiß und schwarz gefleckter kleiner Hund Seglerstr. 13.

— [Eingeführt] wurden heute 42 Schweine aus Oesterreich über Ratibor.

— [Polizeiliches.] Verhaftet sind 3 Personen.

— [Von der Weichsel.] Heutiger Wasserstand 0,30 Meter über Null.

A. **Mocker**, 11. Dezember. Die heutige Sitzung der Gemeindevertretung war stark besucht. Zunächst wurden der Versammlung die Vorschläge der Kommission über die Frage der Erhebung indirekter Steuern, unterbreitet. Es wurde beschlossen; 1. Die Hundesteuer von 3 auf 6 Mk. pro Jahr zu erhöhen. 2. Die Weitererhebung der Steuer für Lustbarkeiten unter geringfügiger Erhöhung. 3. Bei Grundstücksverkäufen $1/2$ pCt. des Kaufpreises als Kommunalabgabe zu erheben. 4. Desgleichen für Ertheilung des Konsenses zu Neubauten $1/2$ pCt. der Bausumme, dagegen zum Wiederaufbau abgebrannter Gebäude, sofern keine Aenderungen der früheren Dimensionen stattfinden, ferner bei Reparaturbauten $1/4$ pCt. der aufgewendeten Kosten. Die Anlage von Brunnen, Zäunen pp. bleibt steuerfrei. Der Minimalbetrag für Ertheilung der vorbezeichneten Konsense soll 1 Mark betragen; 5. Soll für die Ertheilung von Grenzlegitimationsscheinen eine Gebühr von 30 Pf. pro Stück erhoben werden. Ferner wurde der Gemeindevertretung mitgetheilt, daß in Folge Wegfalls der lex Huene eine Erhöhung der Kreissteuern in Aussicht steht und somit eine Erhöhung des Gemeindehaushalts-Etats pro 1895/96 von 45 000 auf 48 000 Mark nicht zu umgehen sein wird. Die Einnahmen aus den indirekten Steuern, sowie aus dem Grundvermögen der Gemeinde Mocker sind auf 4000 Mark veranschlagt, sodaß 44 000 Mark zur Umlage kommen müssen. Im nächsten Etatsjahre sollen daher zur Erhebung kommen: Zuschläge zu Einkommen-, Grund- und Gebäudesteuer 240 pCt. statt 250 pCt. im laufenden Jahre; Gewerbesteuer 200 pCt. und Betriebssteuer 100 pCt. Da die Zuschläge zur Einkommensteuer für gewöhnlich 200 pCt. nicht **übersteigen sollen, ist der Einholung der ministeriellen Genehmigung erforderlich.**

Kleine Chronik.

* Ein Eisenbahnunglück ereignete sich am Montag bei Spinazzola in Apulien. Die Brücke über den Osanto zwischen Venosa und Rapolla, welche von dem angeschwollenen Fluß unterwühlt war, stürzte in einer Länge von zwanzig Metern in dem Augenblicke zusammen, als ein von Spinazzola kommender Personenzug hinüberfuhr. Die Maschine, der Tender und die meisten Wagen stürzten hinab. Acht Personen wurden schwer verwundet, darunter sechs Eisenbahnbeamte.

* Durch das Platzen einer unvorsichtig geladenen Kanone sind in der Nähe von Tegucigalpa in Mittelamerika 24 Personen getödtet worden.

Spiritus-Depesche.

Königsberg, 12. Dezember.
v. Portatius u. Grothe.

Loco cont. 50er	—,— Bf.,	50,75 Gd.	—,— bez.
nicht conting. 70er	—,— „	31,00 „	—,—
Dez.	—,— „	—,— „	—,—
„	—,— „	—,— „	—,— „

Telegraphische Börsen-Depesche.

Berlin, 12. Dezember.

Fonds: ruhig.

			11.12.94
Russische Banknoten		221,45	221,20
Warschau 8 Tage		220,50	220,90
Preuß. 3% Consols		95,10	95,30
Preuß. $3^1/_2$% Consols		104,20	104,20
Preuß. 4% Consols		105,60	105,60
Polnische Pfandbriefe $4^1/_2$%		68,25	68,30
do. Liquid. Pfandbriefe		fehlt	fehlt
Westpr. Pfandbr. $3^1/_2$% neul. II		101,40	101,50
Diskonto-Comm.-Antheile		206,50	206,60
Oesterr. Banknoten		163,95	164,00
Weizen:	Dezbr.	135,50	134,50
	Mai	140,25	139,00
	Loco in New-York	63 c	$62^1/_4$
Roggen:	loco	115,00	115,00
	Dezbr.	115,50	115,00
	Mai	119,50	118,75
	Juni	120,50	119,50
Rüböl:	Dezbr.	43,20	43,20
	Mai	44,10	44,10
Spiritus:	loco mit 50 M. Steuer	52,30	52,30
	do. mit 70 M. do.	32,50	32,50
	Dezbr. 70er	36,90	37,10
	Mai 70er	38,20	38,50

Wechsel-Diskont 3%, Lombard-Zinsfuß für deutsche Staats-Anl. $3^1/_2$%, für andere Effekten 4%.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 11. Dezember. Die Militärinvaliden von Berlin und Umgebung haben in einer gestern abgehaltenen Versammlung beschlossen, eine Denkschrift an den Kaiser auszuarbeiten, worin die Lage der Invaliden erörtert wird. Diese Denkschrift soll dem Kaiser durch eine Deputation überreicht werden und auch den Vorsitzenden aller Fraktionen des Reichstages zugehen.

Der Beschluß der Geschäftsordnungskommission bezüglich des ihr überwiesenen Antrages auf strafrechtliche Verfolgung der sozialistischen Abgeordneten wird am Freitag erwartet.

Antwerpen, 11. Dezember. Der deutsche Dampfer „Sommerfeld“ ist gestern mit 300 000 Kilo Dynamit nach Australien abgegangen. Der Hafenkommandant begleitete das Schiff bis Vlissingen.

Verantwortlicher Redakteur:
Friedrich Kretschmer in Thorn.

Bekanntmachung.

Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. d. Mts., welche vielfach zu Mißverständnissen geführt hat, fordern wir die bei der städtischen Feuersozietät versicherten Hausbesitzer, welche ihre Gebäude bereits mit Wasserleitungs- und Kanalisationseinrichtungen versehen haben, auf, einen Antrag auf Nachversicherung dieser Anlagen bei uns zu stellen. Aus dem Antrage müssen die Kosten der Anlage, sei es als Rechnungsbelag oder durch kurze Beschreibung hervorgehen. In diesem Falle erwachsen dem Hauseigenthümer für die Nachtaxirung dieser Einrichtungen **keine** Kosten.

Sollte ein diesbezüglicher Antrag **nicht** eingehen, so wird angenommen, daß der betreffende Hauseigenthümer die betreffenden Anlagen **nicht** zu versichern wünscht und werden alsdann bei etwaigen Brandschäden daran diese **nicht** vergütet.

Thorn, den 11. Dezember 1894.

Der Magistrat.

Polizeiliche Bekanntmachung.

Aus Anlaß der wieder eintretenden kälteren Witterung machen wir auf die §§ 2 und 3 der Polizei-Verordnung vom 25. Juli 1853 aufmerksam,

wonach **Wassereimer pp.** auf Trottoirs und Bürgersteigen nicht getragen werden dürfen und Uebertreter die Festsetzung von Geldstrafen bis 9 Mark, im Unvermögensfalle verhältnißmäßige Haft zu gewärtigen haben.

Familien-Vorstände, Brod-Herrschaften pp. werden ersucht, ihre Familien-Angehörigen, Dienstboten pp. auf die Befolgung der qu. Polizei-Verordnung hinzuweisen, auch dahin zu belehren, daß sie event. der Anklage nach § 230 des Straf-Gesetz-Buches wegen Körperverletzung ausgesetzt sind, falls durch das von ihnen auf dem Trottoir pp. vergossene und gefrorene Wasser Unglücksfälle herbeigeführt werden.

Thorn, den 12. Dezember 1894.

Die Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Die Gerichtstage zu **Schönsee** werden im Jahre 1895 im Kaufmann **Joseph Przybyszewski**'schen Hause daselbst abgehalten am:

8.	9.	10.	Januar,
5.	6.	7.	Februar,
4.	5.	6.	März,
8.	9.	10.	April,
6.	7.	8.	Mai,
10.	11.	12.	Juni,
8.	9.	10.	Juli,
23.	24.	25.	September,
21.	22.	23.	October,
25.	26.	27.	November,
16.	17	18.	Dezember.

Thorn, den 8. Dezember 1894.

Königliches Amtsgericht.

Oeffentliche Zwangsversteigerung.

Freitag, den 14. Dezember cr.,
Vormittags 9 Uhr
werde ich im früher **Piplow**'schen Restaurant hier **Brückenstraße** die zur Kaufmann **Ernst Wittenberg**'schen Nachlaßsache gehörigen

größ. Posten Cigarren, 1 eisernes Geldspind, Ladenutensilien, ein groß. Ausziehtisch mit 4 Einlagen, sowie 1 Pianino u. a. m.

öffentlich meistbietend gegen Baarzahlung verkaufen.

Nitz,
Gerichtsvollzieher in Thorn.

Oeffentliche Zwangsversteigerung.

Freitag, den 14. Dezember cr.,
Nachmittags 2 Uhr
werde ich bei dem Bauunternehmer **Franz Stefani** in **Mocker**

13 Lowrys mit Untergestelle auf Rädern

zwangsweise versteigern

Thorn, den 12. Dezember 1894.

Sakolowski, Gerichtsvollzieher.

Druck der Buchdruckerei „Thorner Ostdeutsche Zeitung", Verleger: M. Schirmer in Thorn.

Hierzu ein zweites B[latt]